



ایران رپورت

Iran-Report

09/15

September 2015 - erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	6
Wirtschaft	11
Außenpolitik	15

Mit der Wahl Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten und dessen Amtsantritt am 3. August 2013 wurde in der iranischen Politik ein bedeutender Wandel eingeleitet. Besonders augenfällig ist dies im Kurswechsel der Atompolitik. Die Öffnung der iranischen Politik nach außen und die Ankündigung innenpolitischer Reformen werden im Land von den konservativen Kräften heftig bekämpft. Der Widerstand lässt Rohani und seiner Regierung wenig Spielraum.

Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://themen.boell.de>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Bauke Baumann
V.i.S.d.P. : Annette Maennel
14. Jahrgang

INNENPOLITIK

Der Wahlkampf hat schon begonnen / Chamenei: Weniger Nation, mehr Islam / Zwölf Soldaten getötet / Alchani hingerichtet / Frauen ohne Kopftuch sollen mit Bußgeld bestraft werden

DER WAHLKAMPF HAT SCHON BEGONNEN

Im Iran sind im Februar nächsten Jahres Parlamentswahlen. Doch der Wahlkampf läuft bereits auf vollen Touren. Dabei geht es nicht allein um die Eroberung der 290 Parlamentssitze. Es geht noch mehr darum, ob es der gemäßigten Regierung von Hassan Rohani nach dem Atomabkommen, das sie als außenpolitischen Sieg für sich verbucht, gelingt, grundsätzliche Reformen im Innern durchzusetzen. Dafür braucht das Regierungslager gemeinsam mit den Reformern die absolute Mehrheit im Parlament. Um dies zu erreichen, genügt jedoch nicht allein das Votum der Wähler – angesichts der aktuellen Stimmung im Land, würden sie dies gerade mit großer Wahrscheinlichkeit bekommen. Weitaus schwerer scheint die Einschränkung der Macht der Konservativen, insbesondere des Wächterrats und des Revolutionsführers zu sein.

Der mächtige Wächterrat, der aus zwölf Mitgliedern besteht, hat die Aufgabe, jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu überprüfen, sodass ohne seine Zustimmung kein Gesetz in Kraft treten kann. Zudem kontrolliert er die Wahlen des Präsidenten, des Parlaments und des Expertenrats. Schließlich hat sich der Wächterrat auch noch das Recht genommen, über die Zulassung von Bewerbern für die jeweiligen Wahlen zu entscheiden. So hat der Rat, der ausschließlich mit Erzkonservativen besetzt ist, bei allen vergangenen Wahlen unliebsame Bewerber als ungeeignet zurückgewiesen. Diese Vorauswahl macht die Wahlen im Iran zu einer Farce.

Nun hat der Wächterrat, der auch für die nächsten Parlamentswahlen auf sein Recht, Kandidaten auszuwählen, insistiert, erklärt, "alle Abweichler" werden von den Wahlen ausgeschlossen. Mit "Abweichler" sind jene Politiker gemeint, die an den Protesten gegen die Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad 2009 teilgenommen bzw. sich von diesen nicht öffentlich distanziert haben. Das trifft unter anderem auf einen Großteil der Reformer zu. Sollte der Rat seinen Willen durchsetzen, würde es der Regierung Rohani wohl kaum gelingen, weitreichende Reformen durchzusetzen.

Gegen die Ankündigung des Wächterrats setzte sich nun der Staatspräsident zur Wehr. Vor einer gemeinsamen Sitzung der Regierung mit Provinzgouverneuren sagte Rohani laut Medien am 19. August: "Der Wächterrat hat die Aufgabe, die Wahlen zu beobachten, nicht durchzuführen. Der Rat ist das Auge, das nicht das leisten kann, was die Hände leisten. Die beiden Aufgaben dürfen nicht miteinander vermischt werden. Das schreibt die Verfassung vor." Für die Durchführung der Wahl sei einzig und allein das Innenministerium zuständig. "Wir müssen jenen Weg fortsetzen, den wir vor unserer Wahl angekündigt und dem die Wähler zugestimmt haben", sagte Rohani und meinte damit die angekündigte Öffnung nach des Landes nach außen und nach innen.

Das künftige Parlament dürfe nicht von einer Partei monopolisiert werden, fuhr Rohani fort. Das sei auch die Meinung des Revolutionsführers und das schreibe auch die Verfassung vor. Das erste Parlament nach der Gründung der Islamischen Republik, in dem alle Gruppen und Parteien, selbst solche, die eine destruktive Politik verfolgten, vertreten waren, sei das beste Parlament in der Geschichte des islamischen Staates gewesen. Damals habe der Wächterrat noch nicht existiert.

"Der Erfolg bei den Atomverhandlungen bedeutet nicht, dass wir nun die Hände in den Schoß legen und keine Erfolge mehr erzielen", sagte Rohani weiter. "Die Wahlen müssen so organisiert sein, dass alle Bürger des Landes daran teilnehmen können."

Die Worte des Präsidenten erzeugten unter den Konservativen einen Aufruhr. Der Chef der Revolutionsgarden, General Mohammad Ali Dschafari, sagte am 20. August laut Irna ohne Rohani beim Namen zu nennen, "solche Äußerungen, die die Organe der Islamischen Republik schwächen, zerstören die nationale Einheit". "Jene, die glauben (...), mit solchen Ankündigungen den Weg für fremde Mächte in unser Land ebnen zu können, sollten sich merken, dass wir solche Strategien niemals zulassen werden." Dschafari warnte vor Leuten, die "den großen Satan" (USA) zufrieden stellen wollten und damit die eigenen revolutionären Werte in Frage stellten.

Der Vizepräsident des Parlaments, Mohammad Hassan Abutorabifard, erklärte laut Medien am 21. August, "jene, die versuchten die Position des Wächterrats zu schwächen, sollten sich darüber bewusst sein, dass sie damit der Demokratie und islamischen Identität unseres Staates schaden."

Siamak Rahpeyk, Mitglied des Wächterrats, wies Rohanis Äußerungen entschieden zurück. Selbstverständlich habe der Wächterrat die Aufgabe, die Eignung der Bewerber für die Mitgliedschaft im Parlament zu überprüfen. "Das ist keine Deutung, sondern Wortlaut der Verfassung", sagte er der Agentur Tasnim am 21. August. Und der frühere Minister für Kultur und islamische Führung, Mohammad Hosseini, erklärte: "Der Wächterrat hat sowohl Augen als auch Hände." Jene, die meinten, der Wächterrat habe nur die Wahlen zu beobachten und alles andere solle von der Exekutive organisiert und entschieden werden, hätten nur das Ziel, ihre eigene Leute ins Parlament zu bringen.

Der Teheraner Freitagsprediger Kasem Sadighi sagte am 18. August, "der Wächterrat, das Parlament, der Expertenrat und die Justiz gehören zu den Bollwerken der Sicherheit des islamischen Staates. Es ist notwendig, diese Organe zu stärken und alles zu unterlassen, was sie schwächen und ihre Macht schmälern könnte. Eine Schwächung dieser Organe bringt keinen Nutzen. Sie macht aber unsere Feinde glücklich. Warum müssen wir die Mauern, die unser Land schützen, niederreißen und damit den Dieben erlauben, in unser Haus einzudringen?"

Justizchef Sadegh Laridschani, der vom Revolutionsführer ernannt wird, warnte, "unsere Feinde versuchen nach dem Atomabkommen in unser Land einzudringen". Niemand dürfe ihnen aus dem Landesinnern Willkommen signalisieren. Niemand dürfe den Eindruck erwecken, als sei nun der Weg für einen Systemwechsel geebnet. "Einige, die 2009 an den Verschwörungen beteiligt waren und zum Teil verurteilt wurden, haben nun die Farbe gewechselt, sie gründen Parteien und wollen wieder zurück auf die politische Bühne."

Tatsächlich haben einige bekannte Reformer eine neue Partei gegründet. Die "Partei der Volkseinheit des islamischen Iran" gilt als Nachfolgerin der Moscharekat-Partei, die nach den Protesten von 2009 verboten wurde. Sie war die größte Partei der Reformer. Der bekannte Reformer, Ali Schakuri Rad, wurde auf der Gründungsversammlung der Partei zum ersten Vorsitzenden gewählt. "Es ist die Zeit gekommen, in der der Appell des Revolutionsführers realisiert wird und alle, selbst jene, die die Islamische Republik nicht mögen und sich ihr nicht verbunden fühlen, wählen gehen", sagte Schakuri Rad.

Präsident Rohani, der sich nach dem Atomabkommen gestärkt fühlt, möchte nun mit der gebührenden Vorsicht auch die Macht des Revolutionsführers Ali Chamenei einschränken – so lassen sich zumindest seine letzten Kommentare deuten. Ayatollah Chomeini habe sich nie in Angelegenheiten der Regierung eingemischt, sagte er kürzlich am Grab des Gründers der Islamischen Republik. Er habe sich damals mit „Ratschlägen an die Regierung“ begnügt. "Wir müssen alle Vorbereitungen treffen, damit alle Menschen in unserem Land an gesunden, korrekten und feierlichen Wahlen teilnehmen können. Die Regierung muss die nach dem Atomabkommen entstandene positive Atmosphäre nutzen, um das Land in allen Bereichen weiterzuentwickeln. Heute können wir dem Volk mitteilen,

dass die Regierung in ihrer nun zweijährigen Amtszeit ihre Versprechen eingelöst hat und nun versuchen wird, die Entwicklung voranzutreiben."

Am 30. August erklärte Rohani die korrekte Durchführung der Wahlen zur "Chefsache". "Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass die Wahlen frei und gesund durchgeführt werden", sagte er laut dem Webportal des Präsidenten. Alle die die Gesetze respektierten, hätten das Recht, an der Wahl teilzunehmen. Dies sei das Hauptkriterium. "Das wird einigen gefallen, anderen nicht."

Auch der immer noch einflussreiche Ex-Präsident Haschemi Rafsandschani, der gegenwärtig Vorsitzender des Schlichtungsrats ist, nutze die Gelegenheit, um Chamenei einen Hieb zu versetzen. "Jene, die damals Ahmadinedschad wie einen Heiligen umworben haben, sollten nun erklären, wie sie diese Irreführung in der Islamischen Republik erlauben konnten", hieß es auf der Webseite von Rafsandschani am 24. August. Er nannte jedoch keinen Namen. Aber gemeint war Chamenei, der Ahmadinedschad während dessen Präsidentschaft uneingeschränkt unterstützte und sogar einmal sagte, er fühle sich ihm weit näher als seinem langjährigen Weggefährten Rafsandschani.

Der Wahlkampf spitzt sich also weiter zu, so weit, dass der ehemalige Polizeipräsident, Esmail Ahmadi Moghaddam, sich genötigt sah, vor der Gefahr einer Polarisierung der Gesellschaft zu warnen. "Wenn es so weitergeht, müssen wir mit einer Neuauflage der Proteste von 2009 rechnen", sagte er. Damals habe ihm der amtierende Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Order erteilt, den früheren Reformpräsidenten Mohammad Chatami zu verhaften.

CHAMENEI: WENIGER NATION, MEHR ISLAM

Revolutionsführer Ali Chamenei kritisierte all jene, die die Nation höher bewerten als den Islam. "Die starke Aufwertung der Nation führt dazu, dass Wahrheit und Bedeutung des Islam an Farbe verlieren", sagte er anlässlich der Zeit der Pilgerreise nach Mekka.

Mit dieser Stellungnahme folgt Chamenei seinem Vorgänger Ayatollah Chomeini, der immer wieder betonte, dass der Islam keine nationalen Grenzen kenne, dass es für Muslime keine Nation gebe, sondern nur die islamische Gemeinde. Daher wurden die Begriffe Nation und national in den ersten Jahren nach der Revolution zu Schimpfwörtern.

Die Pilgerreise biete eine günstige Gelegenheit, "damit Muslime aus verschiedenen Ländern ihre Erfahrungen austauschen und als große Gemeinde ihre gemeinsamen Feinde erkennen können", sagte Chamenei. "Aggressoren und Unterdrücker in der Welt wollten dem Islam schaden und im Namen des Islam Gewalt verbreiten und die islamische Gemeinde spalten." Die Erfahrungen der Islamischen Republik könnten dabei helfen, ihre Pläne zu vereiteln. Zwar lehnten manche den Austausch von Erfahrungen beim Pilgern ab, aber man könne überlegen, wie das Problem gelöst werden könnte, sagte Chamenei.

ZWÖLF SOLDATEN GETÖTET

Der militärische Arm der "Partei für das freie Leben von Kurdistan" (PEJAK) veröffentlichte am 13. August eine Erklärung, in der es heißt, "die Truppen zur Verteidigung von Ost-Kurdistan" hätten als Vergeltung für die Hinrichtung ihres Mitglieds Syrwan Nejawi zwölf Soldaten der Revolutionsgarden (Pasdaran) in der Stadt Kamyaran getötet. Man werde auch in Zukunft "im Rahmen der gerechten Verteidigung" auf Maßnahmen der iranischen Regierung gegen Kurden entsprechend reagieren.

Syrwan Nejawi wurde am 10. August als "Mohareb" (Krieger gegen Gott) hingerichtet. Er war Mitglied der PEJAK. Sein Bruder sagte der Presse, die Familie sei von

Sicherheitsleuten angerufen und aufgefordert worden, die Leiche abzuholen. Nejawi war gemeinsam mit Ebrahim Isapur im Juli 2011 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verhaftet worden. Ein Jahr später wurde er in der Stadt Mahabad durch den Richter Dschawadi Kia zum Tode verurteilt. Den Berichten zufolge hatte er im Prozess keine Möglichkeit, sich durch einen Anwalt verteidigen zu lassen. Auch sein Mitkämpfer Isapur wurde zum Tode verurteilt. Beide wurden Anfang März dieses Jahres zur Vollstreckung des Urteils in das Zentralgefängnis der Stadt Tabris gebracht.

Am Tag zuvor hatte Oberst Ebrahim Hosseine, einer der Kommandeure der Pasdaran, bekannt gegeben, dass bei Gefechten mit PEJAK fünf Milizen getötet worden seien. "PEJAK hatte kürzlich im Nordwesten des Landes im Grenzgebiet einen Stützpunkt errichtet", sagte er. "Wir haben sie aufgefordert, den Stützpunkt aufzugeben. Aber sie ignorierten unsere Aufforderung. Daraufhin haben wir den Stützpunkt erobert. Das war ein schwerer Schlag für PEJAK und wir haben schon damit gerechnet, dass sie sich rächen werden."

Auch eine Woche zuvor hatte PEJAK die Tötung von zwanzig Mitgliedern der Revolutionsgarden bekannt gegeben und die Aktion damit begründet, dass die Regierung den vereinbarten Waffenstillstand gebrochen und Einheiten der Partei angegriffen habe.

PEJAK hatte vor vier Jahren einseitig den Waffenstillstand ausgerufen, was von den Pasdaran abgelehnt worden war. Sie forderten die Partei auf, ihre Einheiten aus Iran abzuziehen.

Die militärischen Stützpunkte von PEJAK befinden sich im Norden des Irak, im Ghandil Gebirge. Die militante Gruppe arbeitet mit der türkischen PKK zusammen. Sie kämpft für die Autonomie der Kurden in der Türkei und in Iran.

ALCHANI HINGERICHTET

Der Kurde Behrus Alchani, der vom Revolutionsgericht als "Mohareb" (Krieger gegen Gott) und wegen Teilnehmer an einem Terroranschlag zum Tode verurteilt worden war, wurde am 25. August hingerichtet. Seinem Bruder, Peyman Alchani, zufolge wurde die Familie von der Staatsanwaltschaft aufgefordert, seine Leiche abzuholen.

Laut Staatsanwaltschaft war Alchani an einem Mordanschlag im November 2010 beteiligt. Dabei war der Staatsanwalt Wali Hadschi Gholisadeh vor seinem Haus niedergeschossen worden.

Neben Alchani seien weitere fünf Personen hingerichtet worden, sagte der Bruder. Die fünf Personen waren laut einem Bericht des "Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte in Kurdistan" wegen Drogenschmuggels zum Tode verurteilt worden.

Amnesty International (AI) hatte die iranische Justiz bevor Alchani hingerichtet wurde aufgefordert, auf die Hinrichtung des 30-jährigen zu verzichten. AI hatte darauf hingewiesen, dass Alchani Revision beantragt habe. "Die Hinrichtung eines Gefangenen, der auf eine Entscheidung des Revisionsgerichts wartet, stellt eine eklatante Missachtung des iranischen und internationalen Rechts dar", hieß es in einer Erklärung von Amnesty.

FRAUEN OHNE KOPFTUCH SOLLEN MIT BUßGELD BESTRAFT WERDEN

Wie der Sprecher des Rechtsausschusses im islamischen Parlament der Agentur Tasnim am 9. August sagte, sollen künftig Frauen, die ohne Kopftuch im Auto fahren, mit einem Bußgeld in Höhe von einer Million Rials (etwa 30 Euro) bestraft werden.

Die islamische Kleiderordnung schreibt vor, dass Frauen in der Öffentlichkeit mit einem Schleier oder Kopftuch ihre Haare und mit einem langen Mantel die Konturen ihres Körpers verdecken müssen. Doch besonders in den Städten sieht die Realität anders aus. Vor allem junge Frauen widersetzen sich immer mehr dieser Vorschrift. Sie tragen zwar ein Kopftuch, dieses wird jedoch immer weiter nach hinten geschoben. Es ist ein täglicher Kampf, den iranische Frauen mutig führen und der zum Symbol geworden ist für den Kampf um ihre Rechte. Die Kontrollen der Sittenpolizei richten sich nach der jeweiligen politischen Stimmung im Land. Mal werden sie gelockert, mal streng gehandhabt. In den Sommermonaten, in denen Temperatur über 40 Grad erreicht werden, wird das Thema jedes Jahr kontrovers diskutiert. Viele Frauen nehmen ihr Kopftuch im Auto ab, mit der Begründung, das Auto sei ein privater und kein öffentlicher Raum.

KULTUR

Der Kulturminister und die Zensur / Enzyklopädie über Geschichte Irans erschienen / Kulturminister droht der Wochenzeitung 9. Dey / Sarif gegen Verbot von sozialen Netzwerken / Mohammad-Film läuft bereits in den Kinos / Barenboim-Auftritt in Teheran abgelehnt

DER KULTURMINISTER UND DIE ZENSUR

Kulturminister Ali Dschannati ist seit zwei Jahren im Amt. Die BBC versuchte in ihrem persisch-sprachigen Programm am 17. August eine Bilanz über die Maßnahmen Dschannatis in Bezug auf die fortbestehende Zensur zu ziehen.

Dschannati hatte bei der Übernahme seines Amtes eine stärkere Öffnung im Bereich der Kultur versprochen. Dabei brach er einige Tabus, sprach offen über die Zensur, erklärte, er werde die von der Zensur nicht genehmigten Manuskripte überprüfen lassen und dafür sorgen, dass der verbotene Verlag Tscheschmeh wieder zugelassen werde.

Bereits nach einem Jahr erklärten Verleger und Schriftsteller, es habe sich nichts geändert. Dschannati habe zwar schöne Reden gehalten, aber seine Pläne seien zu voreilig gewesen. Sein Plan, die Zensur der Bücher den Verlegern und Autoren zu überlassen, scheiterte am Widerstand der Betroffenen, die sich weigerten, die geforderte Selbstzensur zu üben.

Über Dschannatis zweijährige Amtszeit sprach BBC mit einigen Autoren und Verlegern. Resa Yekrangian, Geschäftsführer des Verlags Chodjasteh, sagte, nach der achtjährigen Regierungszeit von Ahmadinedschad hätten Personen die Verwaltung der Kultur übernommen, die bereit waren, mit Kulturschaffenden zu kooperieren. Aber sie hätten unter starkem Druck gestanden.

Der Autor Mohammad Resa Marsughi sagte hingegen: "Aus meiner Sicht hat sich nichts geändert. Das Problem der Zensur ist nicht einer Partei oder Fraktion zuzuschreiben. Linke Autoren bezeichnen die Zeit unter dem Reformier Chatami als die schwärzeste Zeit ihres Autorentums. Damals durften alle Bücher, die die Linke kritisiert haben, erscheinen, aber keine Bücher, die von linken Autoren geschrieben wurden." Er habe in der Zeit von Ahmadinedschad vier Bücher bei vier verschiedenen Verlagen gehabt. Man habe ihm bei der Zensurbehörde gesagt, in dieser Wahlperiode könnten diese Bücher nicht erscheinen, er müsse auf die nächste Periode warten. Damals sei Ahmadinedschad erst neu im Amt gewesen. "Ich dachte, Gott weiß, wann und ob eine neue Periode beginnen wird. Es waren mein Leben und meine Zeit, die in den Gängen der Zensurbehörde vergeudet wurden."

Marsughi sagte, auch in der Ära Rohani zähle er immer noch zu den Schriftstellern, deren Werke nicht erscheinen dürften. "Mein Verleger ist mehrmals beim Vizekulturminister

gewesen, aber anscheinend ist meine Zeit noch nicht gekommen. Das Kulturministerium scheint nicht einmal bereit zu sein, die eigene Entscheidung offiziell zu dokumentieren. Ich bekomme ein Blatt Papier ohne Stempel und Unterschrift." So könne das Ministerium später behaupten, "all dies hätten wir geträumt".

Der Autor Resa Raisi beschäftigt sich in seinen Schriften mit Revolution und Krieg. Sein Buch mit dem Titel "Der Zug 57" durfte unter der Regierung Ahmadinedschad nicht erscheinen. Über die Lage heute sagte er: "Leider sieht es nicht gut aus. Angesichts der wirtschaftlichen Lage ist die Stimmung unter den Lesern und Autoren von Armut überschattet. Die Schriftsteller klagen nur noch selten über die Zensur, denn es wird weniger geschrieben und die Regierung hat weniger zu zensieren. Es scheint, dass man den Autoren etwas mehr Freiheit gönnt, denn die Regierung weiß, dass die Auflagen kleiner, die Zahl der Leser geringer, die Bücher teurer und das Geld, das die Leute in der Tasche haben, weniger geworden sind."

Viele Schriftsteller hätten ihren Beruf aufgegeben, sagte Raisi. Andere trösteten sich damit, dass es nur noch besser werden könne. Das Verlagswesen könne nicht losgelöst von der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage betrachtet werden. "Was wir brauchen, ist eine grundsätzliche und radikale Öffnung", betonte Raisi.

Mahmud Doulatabadi ist der bekannteste lebende Schriftsteller Irans. Nach seiner Einschätzung der Lage gefragt, sagte er: "Dschannati zeigt, soweit er kann, guten Willen. Allerdings mischen sich gewisse Kräfte in die Angelegenheiten der Kultur ein, die mächtiger sind als der Kulturminister. Mein Eindruck ist, dass Dschannati trotz seines guten Willens, nicht in der Lage ist, seine Pläne durchzusetzen."

Doulatabadis Roman, "Der Colonel", der bereits in mehrere Sprachen, auch in Deutsch, übersetzt ist, liegt seit mehr als zehn Jahren bei der Zensurbehörde. Vor etwa einem Jahr wurde darüber über Wochen in der Presse diskutiert. Das Kulturministerium signalisierte seine Zustimmung zur Freigabe. Dann erschien eine Fälschung. Ein Betrüger hatte aus der deutschen Übersetzung eine persische Ausgabe zusammengestellt und unter demselben Titel und den Namen des Autors veröffentlicht. Die Übersetzung war miserabel, wichtige Passagen fehlten gänzlich. Das Original blieb weiterhin bei der Zensurbehörde.

"Man sagt, der Revolutionsführer halte eine Veröffentlichung des Romans für unangebracht", sagte Doulatabadi. Daher habe er sich nicht mehr um die Angelegenheit gekümmert. Andere Romane von ihm seien auf normalem Weg zugelassen worden. Auf die Frage, ob die Meinung des Revolutionsführers ihm offiziell durch das Kulturministerium mitgeteilt worden sei, sagte Doulatabadi: "Ich habe es über inoffizielle Kanäle erfahren." Gefragt, ob das Ministerium ihm eine Veröffentlichung in Aussicht gestellt habe, antwortete er: "Ich kümmere mich überhaupt nicht mehr darum. Es gibt genug Probleme, die mich aufreizen. Es ist mir gleichgültig, ob der Roman erscheinen wird oder nicht."

Der Lyriker Ali Babatschahi sagte, im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren sei die Atmosphäre offener, obwohl manche Bücher nach wie vor Probleme mit der Veröffentlichung hätten.

ENZYKLOPÄDIE ÜBER GESCHICHTE IRANS ERSCHIENEN

Am 9. August präsentierte "Das Zentrum der großen islamischen Enzyklopädie" eine 20-bändige, umfassende politische, soziale und kulturelle Geschichte Irans. Das Zentrum ist ein wissenschaftliches Forschungsinstitut, das 1983 gegründet wurde, mit dem Ziel, allgemeine und spezielle Studien und Standardwerke zu verschiedenen Bereichen der Geschichte der Menschheit, insbesondere der islamischen und iranischen Kultur und Zivilisation, zu veröffentlichen.

Bei der Präsentation hielten Kazem Mussavi Bodjnurdi, Leiter des Zentrums, Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani und Kulturminister Ali Dschannati eine Rede.

Bodjnurdi sagte, die Forschung für und die Niederschrift der 20-bändigen Ausgabe habe vierzehn Jahre in Anspruch genommen. Daran hätten 170 Wissenschaftler mitgewirkt. "Das Werk ist die wichtigste und bedeutendste Dokumentation der Identität von uns Iranern. Wir wollen diese umfassende Geschichte lebendig halten und mit der Zeit die sicherlich vorhandenen Mängel beseitigen."

Jeder Band umfasst rund tausend Seiten. Fünf Bände behandeln die vorislamische Zeit in Iran. Die Bände 15 bis 17 beschäftigen sich mit der persischen Sprache und Literatur, die Bände 18 und 19 mit der Architektur und der 20. Band befasst sich mit der Sozialgeschichte, dem Rechtswesen, den Religionen und den sozialen Schichten.

Der Historiker Dschawad Tabatabai sagte, der deutsche Philosoph Wilhelm Friedrich Hegel habe Iran als Beginn der Geschichte bezeichnet. Somit habe Iran, anders als viele Staaten, eine Nationalgeschichte. "Wir Iraner haben eine Nationalgeschichte, haben als Nation, als ein Volk mit Geschichtsbewusstsein Geschichte geschrieben, woraus ich schließe, dass die vorliegenden 20 Bände unsere Nationalgeschichte beinhalten", sagte Tabatabai.

Fatollah Modjtabai, Mitglied des Zentrums, sprach von einer "großen Lücke in der Geschichtsforschung", die mit der nun erschienen zwanzigbändigen Ausgabe gefüllt worden sei. Allerdings seien bei der Arbeit an diesen Bänden andere Lücken festgestellt worden, um die sich das Zentrum nun kümmern werde, sagte er. Als Beispiel nannte er die geografische Forschung, insbesondere das Fehlen eines Nachschlagwerks über die Hauptstadt Teheran. Er hoffe, fuhr er fort, dass nun auch andere Städte, die "unsere historische Identität" bilden, einer historischen Forschung unterzogen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Modjtabai erwähnt die Enzyklopädie von Cambridge, die auch die Geschichte Irans beinhalte, die jedoch seiner Ansicht nach "aus westlicher Sicht" geschrieben worden sei. "Es war also nötig, dass wir unsere Sicht darstellen", sagte er.

Sadegh Sadjadi, der die Edition des Werks geleitet hat, schilderte die Entstehung des Werks. Begonnen wurde die Arbeit 1983. Zunächst sei es nicht einfach gewesen, 60 Autoren für die vorislamische Zeit und 110 Autoren für die Zeit danach zu finden. Schwer seien auch die Übersetzungen einiger Quellen aus dem Osten und Westen in die neupersische Sprache gewesen. Manche Quellen mussten mehrmals übersetzt werden. Zeitraubend sei auch das Redigieren der Texte gewesen. Oft habe es lange Diskussionen zwischen den Lektoren und Autoren über einzelne Begriffe gegeben.

KULTURMINISTER DROHT DER WOCHENZEITUNG 9. DEY

Kulturminister Ali Dschannati, der zum "Tag des Journalisten" am 8. August vor einer Versammlung von Journalisten sprach, nahm unter anderem zu den Maßnahmen gegen die Wochenzeitung "9. Dey" Stellung. Die Zeitung sei wegen Missachtung der vom Nationalen Sicherheitsrat festgelegten "roten Linien" bei den Atomverhandlungen bereits viermal verboten worden. Doch jedes Mal habe sie nach kurzen Verhandlungen beim "Gericht für Geistliche" ihr Erscheinen fortsetzen können, sagte Dschannati.

Die Wochenzeitung 9. Dey, die von Hamid Rasai herausgegeben wird, gehört zu den schärfsten Kritikern der Regierung Rohani. Der Minister warf ihr vor, mehrmals die festgesetzten Grenzen überschritten zu haben. Selbst in den demokratischsten Ländern gebe es unter bestimmten Umständen rote Linien, die auch von der Presse beachtet werden müssten, sagte Dschannati. Sollte das Wochenblatt weiterhin den Rahmen überschreiten, werde ihm die Lizenz entzogen.

Dschannati nahm auch zu der Kritik der Journalisten Stellung, die ihm vorwarfen, trotz seiner dahingehenden Ankündigung bei seiner Amtsübernahme den Verband der Journalisten noch nicht zugelassen zu haben. Der Verband wurde nach den Protesten gegen die Wiederwahl des von Ahmadinedschad 2009 geschlossen und seit dem nicht wieder zugelassen.

Dschannati sagte, das Informationsministerium habe zwar seine Anzeige gegen den Verein inzwischen zurückgenommen, aber die Justiz habe erklärt, dass sie immer noch mit dem Verein Probleme habe. Daher habe zunächst einmal Arbeitsminister Ali Rabii versucht, Journalistenverbände auf Provinzebene zu bilden. Danach sollen diese einen nationalen Dachverband in der Hauptstadt bilden.

Indes seien andere Verbände gegründet worden. Die Regierung werde diese nicht an ihren Aktivitäten hindern, sagte Dschannati. Er hatte wohl den "Verband der Reporter und Journalisten" im Blick, dem die Mitglieder des alten Verbands vorwerfen, den Namen ihres Verbands gestohlen zu haben.

SARIF GEGEN VERBOT VON SOZIALEN NETZWERKEN

Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte laut der Agentur Mehr am 28. August, soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook könnten dazu dienen, die Potenziale des Landes zu präsentieren und der verbreiteten Feindschaft gegen Iran entgegenzuwirken. "Wenn wir uns nur auf die negativen Seiten dieser Netzwerke fokussieren, versäumen wir auch ihre unendlichen Vorteile."

Obwohl die Nutzung von Facebook und Twitter verboten ist, wird die Zahl der iranischen Nutzer von sozialen Netzwerken auf mehr als zwanzig Millionen geschätzt. Die Nutzer wissen sehr wohl, wie sie die Filterungen umgehen können, zum Beispiel mit Hilfe des Datentunnels (VPN), den sie entweder kaufen oder umsonst herunterladen können. Kurios ist, dass der Präsident sowie einige Mitglieder des Kabinetts, ja sogar der Revolutionsführer die sozialen Netzwerke benutzen, obwohl sie eigentlich verboten sind.

MOHAMMAD-FILM LÄUFT BEREITS IN DEN KINOS

Der Mohammad-Film, über den wir bereits berichtet haben, läuft nun in den Kinos. 140 Kinos zeigen den Film. Der 171 Minuten dauernde Streifen ist der teuerste Film, der jemals in Iran produziert wurde. Die Kosten belaufen sich auf über 36 Millionen Euro und wurden zu einem großen Teil vom iranischen Staat getragen.

Der Film ist unter Muslimen umstritten. Als der Regisseur Madschid Madschidi am 28. August bei der ersten Aufführung des Films im Ausland, auf dem Festival im kanadischen Montreal, auftrat, wurde er von einer Gruppe von fünfzig Demonstranten als "Verräter" beschimpft. Obwohl der Regisseur sich mit schiitischen und sunnitischen Geistlichen beraten und darauf verzichtet hatte, Mohammeds Gesicht zu zeigen, wurde der Film in sunnitischen Ländern scharf kritisiert.

Der Film wurde in der Nähe von Teheran gedreht, an einem Ort, an dem das historische Mekka nachgebaut wurde. Mit dabei waren der italienische Kameramann und dreifache Oscar-Preisträger Vittorio Storaro und der indische Komponist Allah Rakha Rahman, der die Musik für den berühmten Film "Slumdog Millionär" komponiert hat.

Madschidi möchte nach eigenen Angaben mit seinem Film das wahre Gesicht des Islam zeigen. Vor allem liege ihm viel daran, darzustellen, dass der Islam nichts mit

"barbarischer Gewalt" zu tun habe und dass er "eine Religion des Friedens, der Freundschaft und der Liebe" sei.

BARENBOIM-AUFTRITT IN TEHERAN ABGELEHNT

Das iranische Kulturministerium gab am 24. August bekannt, mit den Wiener Philharmonikern und der Berliner Staatskapelle über Gastkonzerte in der iranische Hauptstadt Teheran verhandelt zu haben. Eine Zusage stehe jedoch noch aus, sagte der Musikbeauftragte des Ministeriums, Bahram Dschamali. Die beiden Orchester konnten die Nachricht auf Anfrage der dpa allerdings nicht bestätigen.

Wie die Agentur schreibt, sollten die Wiener Philharmoniker bereits im September während des Staatsbesuchs des österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer in Teheran spielen.

Wenige Tage nach Bekanntwerden der Konzertpläne der Berliner Staatskapelle folgte ein Protest aus Israel. Kultur- und Sportministerin Miri Legev forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Facebook-Seite auf, der Berliner Staatskapelle und dem Dirigenten Daniel Barenboim den Auftritt in Teheran zu untersagen. Die Kanzlerin habe eine falsche Entscheidung getroffen. Legev reagierte damit auf einen Bericht der Zeitung Jerusalem Post.

Sollte das Orchester tatsächlich nach Iran reisen, werde sie dagegen klagen, so Legev weiter. "Der Dirigent Daniel Barenboim, ein israelischer Staatsbürger, wird in Iran gemeinsam mit einem staatlichen Orchester auftreten", notierte Legev. "Barenboim verfolgt eine anti-israelische Linie und schwärzt Israel bei jeder Gelegenheit an." Er instrumentaliere die Kultur, um seine politischen Ansichten durchzusetzen. "Diese Melodie muss gestoppt werden", schrieb die Ministerin. Der Auftritt des Orchesters und des Dirigenten schade den Bemühungen Israels, das Atomabkommen mit Iran zu verhindern. Legev bezeichnete Iran als "Terrorstaat". "Ich finde, Deutschland täte gut daran, den Auftritt der Kapelle und ihres Dirigenten abzusagen", schrieb sie. "Die Töne aus Teheran sind schrill und gefährlich."

Barenboim ist israelischer Staatsbürger, besitzt jedoch zugleich die Staatsbürgerschaft Palästinas, Spaniens und Argentinien. Er gehört zu den schärfsten Kritikern der israelischen Siedlungspolitik. Vor einigen Jahren gründete er gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen palästinensischen Literaturwissenschaftler Edward Said das Jugend-Orchester des West-östlichen Divans, bestehend aus israelischen und palästinensischen Jungmusikern.

Am 27. August bestätigte Barenboim die Einladung aus Teheran und gab bekannt, dass Bundesaußenminister Steinmeier, der im Oktober Iran besucht, die Schirmherrschaft des Konzerts übernehmen werde. Der Auftritt solle eine Geste des Friedens zwischen Deutschland und Iran bzw. zwischen Europa und Iran sein. Doch offenbar passte diese Geste den Hardlinern in Iran nicht. Der Auftritt wurde abgesagt, mit der Begründung, der Dirigent sei ein Bürger des Staates Israel. "Iran erkennt das zionistische Regime nicht an und wird auch nicht mit Künstlern dieses Regimes zusammenarbeiten", sagte einer Meldung der dpa vom 29. August zufolge der Sprecher des Kulturministeriums Hossein Nuschabadi. Der Minister selbst habe den Auftritt abgesagt, als er erfahren habe, dass der Dirigent ein israelischer Staatsbürger sei.

Politische Beobachter in Iran vermuten, dass dem Kulturministerium, das mit dem Orchester verhandelt und es eingeladen habe, nicht unbekannt gewesen sein kann, wer Barenboim sei. Daher sei davon auszugehen, dass das Ministerium unter Druck die eigene Entscheidung revidiert habe.

WIRTSCHAFT

Das Atomabkommen / Chameneis Position zum Atomabkommen / Mehr Waffen aus Russland / Ölpreis soll weiter sinken / Schweiz hebt Wirtschaftssanktionen gegen Iran auf / Raketentests werden fortgesetzt / Japan will sich im Iran engagieren / Kauf von bis zu 90 Flugzeugen pro Jahr

DAS ATOMABKOMMEN

Sowohl in Iran als auch in den USA versuchen die Gegner des Atomabkommens die Vereinbarung zum Scheitern zu bringen. In Iran haben die Gegner sich zwei Strategien ausgedacht. Die radikalen Konservativen streben eine klare und deutliche Ablehnung an, die moderaten Konservativen wollen zwar dem Abkommen zustimmen, hoffen jedoch auf eine Ablehnung durch den US-Kongress. In diesem Fall wären die USA für das Scheitern verantwortlich und eine militärische Intervention gegen Iran kaum noch denkbar.

Indes bemühen sich die Republikaner in den USA um weitere Stimmen gegen das Abkommen aus dem demokratischen Lager. Unterstützt werden sie hierbei von der israelischen Regierung. "Je mehr Zeit Mitglieder damit verbringen, diese Vereinbarung zu prüfen, desto mehr wird ihnen bewusst, dass die Vereinbarung ein historischer Fehler ist", sagte der Abgeordnete Peter Roskam, der eine Resolution gegen das Abkommen im Repräsentantenhaus eingebracht hat. Für die Ablehnung des Abkommens verfügen die Republikaner über ausreichend Stimmen. Doch es ist kaum denkbar, dass sie auch genügend Stimmen bekommen würden, um das von Präsident Obama angekündigte Veto überstimmen zu können. Die Republikaner verfügen im Repräsentantenhaus über 246 Sitze, für die Ablehnung des Abkommens reichen bereits 218 Stimmen. Obama hingegen braucht für sein Veto 34 Stimmen im Senat und 146 Stimmen im Repräsentantenhaus. Dass er die bekommt, ist so gut wie sicher. Allerdings werde eine Ablehnung durch den Kongress dem Ansehen der Regierung, und auch dem des Landes, enorm schaden. Die Frist läuft am 17. September ab. Bis dahin muss die Entscheidung über das Abkommen gefallen sein.

In Iran werfen die Gegner der Regierung vor, zu viel Zugeständnisse gemacht und das Atomprogramm praktisch aufgegeben zu haben. Das iranische Parlament kritisierte das geplante Treffen des Chefs der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) mit dem US-Senat. Damit würde die Behörde ihre Neutralität aufgeben, sagte der Abgeordnete Hassan Asferi im Vorfeld. Yukiya Amano informierte dennoch am 5. August den US-Senat über das Atomabkommen.

Bei dem Treffen erwähnte Amano auch zwei Nebenabkommen zwischen seiner Behörde und Iran, deren Inhalt er jedoch nicht preisgab. Dazu sei er aus juristischen Gründen nicht befugt, sagte er. Das stimmte die Senatoren unzufrieden. Beim Verlassen der Sitzung hätten sie mehr Fragen gehabt als vor der Sitzung, erklärten einige Senatoren. Die "Nebenabkommen" betreffen die Kontrollen der Atomanlagen und der militärischen Anlagen. Für die Senatoren sind gerade diese Kontrollen von besonderer Bedeutung.

Obama bezeichnete die Annahme des Abkommens als die wichtigste Entscheidung seit der Abstimmung über den Irak-Krieg. "Viele derselben Leute, die für den Krieg im Irak argumentierten, argumentieren nun gegen das iranische Atomabkommen", sagte er am 6. August bei einer Grundsatzrede in Washington. "Die Entscheidung, vor der wir stehen, liegt schlussendlich zwischen Diplomatie und einer Art Krieg - vielleicht nicht morgen, vielleicht nicht in drei Monaten, aber bald." Obama warnte, sollte das Abkommen abgelehnt werden, würde der Weg Irans zur Bombe nicht versperrt, sondern beschleunigt werden.

Am 7. August kündigte der prominente Abgeordnete der Demokraten Charles Schumer an, er werde gegen das Abkommen stimmen. "Er gilt als die einflussreichste jüdische Stimme im US-Kongress", schrieb die New York Times. Auch der Präsidentschaftskandidat Jeb Bush erklärte am 12. August, er werde im Falle eines Wahlsieges das Abkommen rückgängig machen. "Es ist ein Deal, der extrem unklug ist", sagte er bei einer Rede in Los Angeles. Nach mehreren Spitzenwissenschaftlern haben am 12. August auch 36 ehemalige Generäle und Admirale das Abkommen unterstützt. "Wir müssen alle diplomatischen Mittel ausschöpfen, bevor wir zu militärischen greifen", erklärten sie.

Im Iran versucht die Regierung, eine Abstimmung im Parlament zu verhindern. Das Abkommen sei eine freiwillige Vereinbarung zwischen Regierungen. Es genüge, wenn es vom Nationalen Sicherheitsrat genehmigt werde. Selbst wenn es im Parlament behandelt werden würde, müsste nur über das Abkommen insgesamt abgestimmt werden, sagte Vizeaußenminister Abbas Araghtschi. Korrekturen, Ergänzung und Änderungsvorschläge könne es hierbei nicht geben.

Demgegenüber meinte Parlamentspräsident Ali Laridschani, das Abkommen bedürfe der Zustimmung des Parlaments. Die Regierung sei mit dem Abkommen Verpflichtungen eingegangen, die von Vertretern des Volkes genehmigt werden müssten, sagte Laridschani in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen am 12. August. Auch der Vorsitzende des mächtigen Wächterrats, Ahmad Dschannati, sagte, das Abkommen müsse vom Parlament verabschiedet werden. Am 16. August forderten 50 Aktivisten, die sich vor dem Parlament versammelt hatten, die Ablehnung des Abkommens.

Am 15. August erklärte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), die erforderlichen Unterlagen von Iran erhalten zu haben. Eine Meldung der AP vom 19. August sorgte international für Aufruhr. Es gebe ein Abkommen zwischen IAEA und Iran, indem Iran erlaubt werde, zentrale Atomanlagen von eigenen Experten überprüfen zu lassen. Dazu gehöre auch die Militäranlage Parchin. Die USA erklärten, es gehe lediglich um technische Vereinbarungen, sie seien zuversichtlich, dass die IAEA alles korrekt handhaben werde. Die Agenturmeldung war natürlich Wasser auf den Mühlen der Republikaner. Obama prahle damit, sein Abkommen beinhalte "beispiellose Überprüfungen", sagte der republikanische Vorsitzende im Repräsentantenhaus John Boehner. "Er behauptet, er baue nicht auf Vertrauen auf. Aber die Informationen der Regierung sind unzureichend - und es ist nach wie vor nicht klar, ob irgendjemand im Weißen Haus die finalen Dokumente gesehen hat."

Dazu erklärte Amano am 20. August, die Auslegung der Vereinbarung zwischen Iran und der IAEA sei nicht korrekt. "Die Vereinbarungen mit Iran sind technisch einwandfrei und stimmen mit unseren Sicherheitsgepflogenheiten überein", so Amano am 25. August in Wien. "Unsere Standards werden in keiner Weise beeinträchtigt."

Laut Angaben aus Teheran soll das nächste Treffen der 5+1-Gruppe mit Iran am Rande der UN-Vollversammlung (28. September bis 3. Oktober) in New York stattfinden.

CHAMENEIS POSITION ZUM ATOMABKOMMEN

In Iran und wohl auch im Ausland wird darüber gerätselt, welche Position der Revolutionsführer, der in der Islamischen Republik bei wichtigen Entscheidungen das letzte Wort hat, beim Atomabkommen vertritt. Ein Leitartikel der Tageszeitung Kayhan über das Atomabkommen vom 15. August sorgte in Iran für politische Turbulenzen. "Der Revolutionsführer ist über die katastrophalen Folgen des Atomabkommens informiert. Daher kann man ohne Zögern sagen, dass er mit dem Abkommen nicht zufrieden ist", schrieb Hossein Schariatmadari, der von Chamenei als Herausgeber der Zeitung beauftragt ist.

Schariatmadari gilt als enger Vertrauter Chameneis und die konservative Zeitung Kayhan als Sprachrohr des Revolutionsführers. Lehnt Chamenei tatsächlich das Abkommen ab oder stimmt er ihm zu, obwohl er immer wieder seine Skepsis dazu geäußert hat? Die Behauptung Kayhans wurde jedenfalls bislang nicht dementiert.

Chamenei selbst meldete sich zwei Tage später zu Wort. Zum Atomabkommen sagte er, das Schicksal der Vereinbarung sei "ungewiss". Es sei längst "nicht klar, ob es hier (im Iran) oder dort (in den USA) abgelehnt oder genehmigt wird." Hier müsse es erst die "rechtlich vorgeschriebenen Instanzen" passieren. Welche Instanzen er meinte, sagte er nicht. Gerade über diese Frage wird seit Wochen im Iran gestritten. Während die gemäßigte Regierung von Hassan Rohani und mit ihr die Reformer der Meinung sind, dass der Nationale Sicherheitsrat für das Abkommen zuständig ist, beharrt das mehrheitlich von Konservativen besetzte Parlament darauf, den Vertrag selbst zu ratifizieren.

Doch das Schicksal des Abkommens wird letztendlich von Chamenei entschieden werden. Er aber laviert schon seit Monaten zwischen den Gegnern und Befürwortern hin und her. Mal lobte er die iranischen Verhandlungsführer für ihren "patriotischen Einsatz für die nationalen Interessen des Landes", mal lieferte er durch sein tiefes Misstrauen gegenüber den USA den Gegnern Argumente. Die Amerikaner hätten die Absicht, sich durch das Atomabkommen einen Weg der Einflussnahme in Iran zu bahnen, sagte er. "Wir werden jede wirtschaftliche, politische oder kulturelle Einflussnahme der USA in unserem Land mit aller Kraft verhindern."

Die USA seien geradezu ein "Symbol der Feindschaft", fuhr Chamenei fort. Auch in der gesamten Region verträten Iran und die USA eine "total gegensätzliche Politik". "Wir werden den Widerstand des palästinensischen Volkes mit aller Kraft verteidigen, wir werden jeden, der gegen das zionistische Regime kämpft, mit allen unseren Möglichkeiten unterstützen."

Solche Äußerungen sind Steilvorlagen für die Gegner des Atomabkommens. Die Frage ist nun, was Chamenei mit seiner Haltung bezweckt. Will er das Abkommen zu Fall bringen? Doch auch ihm ist sicherlich bewusst, dass eine Ablehnung durch Iran verheerende Folgen für das Land hätte, nicht nur in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Es könnte sogar zu einem Krieg kommen. Einige Kommentatoren sind der Meinung, Chamenei wolle mit seinen Attacken gegen die USA und Israel die Front gegen die Obama-Regierung, die US-Republikaner, Israel und die arabischen Staaten stärken, so dass es doch noch zu einer Ablehnung des Abkommens seitens der USA käme, was nicht nur eine schlimme Niederlage für die Obama-Regierung bedeuten würde. Außerdem würde dies die gesellschaftliche Spaltung innerhalb der USA vertiefen und das Verhältnis zwischen den USA und der EU merklich beeinträchtigen.

MEHR WAFFEN AUS RUSSLAND

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte bei einem Treffen mit Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif am 17. August in Moskau, sein Land werde nach der Aufhebung der Sanktionen mehr Waffen an Iran verkaufen. Den Berichten der russischen Medien zufolge haben die beiden Minister auch über die Lieferung von S-300 Boden-Luft-Raketen gesprochen. Bereits seit 2005 bemüht sich Iran um den Kauf dieser Rakete. Doch wegen des Drucks aus den USA und aus Israel verzögerte Russland die Lieferung, obwohl ein Kaufvertrag bereits vorlag.

Beide Minister betonten die Notwendigkeit, ihre bilateralen Beziehung zu intensivieren und auszuweiten. In einer Erklärung des russischen Außenministeriums heißt es, Iran und Russland werden bei der Lösung der Probleme in Syrien, Jemen, Irak und dem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) eng miteinander kooperieren. "Wir haben gemeinsame Interessen", sagte Sarif nach dem Treffen mit Lawrow. Das Atomabkommen habe den

Weg freigemacht für eine intensive Zusammenarbeit. Die Lage im Nahen Osten sei zunehmend bedrohlich, sagte Lawrow. Ein enge Zusammenarbeit zwischen Iran und Russland werde der Region mehr Stabilität verleihen.

ÖLPREIS SOLL WEITER SINKEN

Einem Bericht der AFP vom 11. August zufolge wird der Ölpreis nach dem Abschluss des Atomabkommens mit Iran und der Aufhebung der Sanktionen weiter sinken. Grund sind die Millionen Barrel iranischen Öls, die nun zusätzlich auf den Weltmarkt kommen werden. Der Bericht stützt sich auf eine Einschätzung der Weltbank. Demnach soll der Ölpreis im kommenden Jahr um bis zu zehn Prozent fallen.

Bereits jetzt ist der Ölpreis ungewöhnlich niedrig, weil zurzeit das Angebot den Bedarf übersteigt. Dennoch wird die iranische Wirtschaft ihr Wachstum infolge der Aufhebung der Sanktionen von drei auf fünf Prozent erhöhen können, so die Einschätzung der Weltbank. Das entspreche 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Islamischen Republik.

SCHWEIZ HEBT WIRTSCHAFTSSANKTIONEN GEGEN IRAN AUF

Die Schweiz hat am 13. August alle Wirtschaftssanktionen gegen Iran aufgehoben. In einer Erklärung des Schweizer Bundesrats, in der zunächst das Atomabkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe begrüßt wird, heißt es, angesichts des erfolgreichen Abschlusses des zwölfjährigen Atomkonflikts, habe der Bundesrat beschlossen, die gegen Iran verhängten Sanktionen, die seit Januar 2014 bereits ausgesetzt wurden, ganz aufzuheben. Sollte Iran allerdings seinen im Abkommen vereinbarten Verpflichtungen nicht nachkommen, behalte sich die Schweiz das Recht vor, die Sanktionen wieder einzusetzen.

Die von der Schweiz gegen Iran beschlossenen Sanktionen betrafen den Handel mit Edelmetallen sowie Geschäfte im Bereich der Ölindustrie, der petrochemischen Industrie und des Transports. Zudem wurden Schweizer Bürger verpflichtet, sämtliche Devisentransfers nach und aus Iran ab einer bestimmten Höhe den Behörden zu melden.

Der Bundesrat wolle sich auch dafür einsetzen, dass die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats zur Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen Iran so rasch wie möglich umgesetzt werde. Der Rat wolle mit der Aufhebung der Sanktionen das Atomabkommen unterstützen und hoffe damit, die traditionell guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Iran intensivieren zu können, hieß es in der Erklärung. Die Schweiz habe in den vergangenen Monaten eine klare, neutrale, ausgewogene und kooperative Politik Iran gegenüber vertreten. Zugleich habe sie mit ihrer Rolle als Interessenvertretung der USA in Iran versucht, einen diplomatischen Kanal zwischen Washington und Teheran offenzuhalten.

Obwohl die Schweiz die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen gegen Iran befolgt hatte und auch mit den USA und der EU bei der Durchsetzung der von ihnen zusätzlich beschlossenen Maßnahmen kooperierte, vertrat sie Iran gegenüber eine vergleichsweise mildere Politik. So setzte die Schweiz bereits im Januar, als sich bei den Atomverhandlungen ein Erfolg abzeichnete, ihre Sanktionen vorläufig aus.

RAKETENTESTS WERDEN FORTGESETZT

Der Oberkommandierende der iranischen Streitkräfte, General Hassan Firusabadi, erklärte laut Medien, auf Anordnung des Revolutionsführers Ali Chamenei würden die Raketentests auch in Zukunft fortgesetzt.

Einige Parlamentsabgeordnete hatten Firusabadi in einer gemeinsamen Erklärung aufgefordert, die Tests von Kurz- und Mittelstreckenraketen fortzusetzen. Zudem hatten rund 200 Abgeordnete in einem Schreiben Präsident Hassan Rohani aufgefordert, die Tests fortzusetzen, um zu beweisen, dass Raketentests im Rahmen des Atomabkommens nicht untersagt worden seien.

Rohani und die iranischen Teilnehmer an den Atomverhandlungen behaupten, bei dem Abkommen sei nichts zu iranischen Raketen und Raketentests vereinbart worden.

Das Abkommen von Wien schreibt vor, dass das vom UN-Sicherheitsrat verhängte Waffenembargo gegen Iran für die nächsten fünf und das gegen ballistische Raketen für die nächsten acht Jahren aufrechterhalten werden.

Firusabadi hat sich einer Meldung der Agentur IRNA zufolge für das Atomabkommen ausgesprochen. Der Deal bringe viele Vorteile für Iran mit sich, sagte er. Wichtig sei, dass das Abkommen freiwillig sei und kein Diktat. Alle Staaten und regionalen und internationalen Institutionen seien aufgefordert, bei der Umsetzung der Vereinbarung mitzuwirken. Das bedeute, dass die "feindselige und einschränkende Haltung" der anderen Staaten und Institutionen Iran gegenüber aufgegeben worden seien. Zudem werde in dem Abkommen jede Seite zur Einhaltung der Vereinbarung verpflichtet, aber nur unter der Voraussetzung, dass sich auch die andere Seite an den Vertrag halte. Dies sei in der fünfzigjährigen Geschichte des Weltsicherheitsrats einmalig. "Bisher wurden Sanktionen, die vom Weltsicherheitsrat verhängt wurden, durch Krieg oder den Sturz des herrschenden Regimes oder die Kapitulation eines Regimes beendet", sagte Firusabadi. Der größte Vorteil des Abkommens sei, dass Iran sein Atomprogramm nicht nur nicht aufgeben müsse, sondern weiter fortsetzen könne.

JAPAN WILL SICH IM IRAN ENGAGIEREN

Japan plant, unmittelbar nach der Aufhebung der Sanktionen gegen Iran ein Investitionsabkommen mit dem Land zu vereinbaren, meldete die Agentur Reuters am 19. August unter Berufung auf einen Bericht der Zeitung "Nikkei". Dabei gehe es sowohl um Investitionen in Rohstoffprojekte als auch um die Steigerung des Ölimports aus Iran. Dem Bericht zufolge reiste bereits Anfang August eine Delegation aus Vertretern der japanischen Regierung und Wirtschaft zu Verhandlungen nach Teheran.

KAUF VON BIS ZU 90 FLUGZEUGEN PRO JAHR

Mohammad Chodakarami, Chef der zivilen Luftfahrtbehörde, kündigte laut IRNA von 2. August an, dass Iran nach der Aufhebung der Sanktionen jährlich bis zu 90 Passagierflugzeuge kaufen werde, davon die Hälfte bei Boeing und die andere Hälfte bei Airbus. Irans Flugzeuge sind völlig veraltet, denn aufgrund der Sanktionen konnte das Land weder neue Maschinen noch Ersatzteile auf dem internationalen Markt kaufen. Die Folge waren zahlreiche Abstürze, vor allem bei den Inlandsflügen. Nun soll die Flotte gründlich erneuert werden. Finanziert wird der Kauf über Leasing, internationale Kredite und staatliche Mittel.

AUSSENPOLITIK

Israel kritisiert Atomabkommen weiterhin / Beziehungen zwischen USA und Iran / Obama beantwortet Fragen von jungen Iranern und Israelis / London und Teheran eröffnen ihre Botschaften wieder / Iran und Syrien / Konflikte mit Saudi-Arabien / Sarif in Neu Delhi / Sarif in Islamabad / War Soleimani in Moskau oder nicht? / Iran warnt vor Reisen in die Türkei / Hochrangige westliche Politiker besuchen Iran

ISRAEL KRITISIERT ATOMABKOMMEN WEITERHIN

Laut israelischer Medien vom 23. August enthüllte der frühere israelische Verteidigungsminister Ehud Barak ein Geheimnis. In einem Interview mit zwei Autoren seiner Autobiographie sagte er, 2010 habe Israel kurz davor gestanden, iranische Atomanlagen zu bombardieren. Dieselbe Situation habe sich 2011 und 2012 wiederholt. Barak bestätigte die Berichte der Medien, sagte aber, das Interview sollte eigentlich nicht veröffentlicht werden. Doch die Autoren hätten es dem Privatsender Kanal 2 zur Verfügung gestellt. Barak wollte die Ausstrahlung verhindern, aber die Militärensensur habe die Veröffentlichung erlaubt.

In allen drei Fällen hätte er selbst, ebenso wie Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die Pläne unterstützt. Der Plan sei 2010 gescheitert, weil der damalige Generalstabchef Gaby Aschkenasy dagegen Einspruch eingelegt habe, was er damit begründete, dass die Luftwaffe für eine solche Operation nicht ausreichend gerüstet und vorbereitet sei. Ihm sei es auch gelungen, im Sicherheitskabinett den heutigen Verteidigungsminister Mosche Jaalon, der damals für die Geheimdienste zuständig war, sowie Finanzminister Juval Steinitz umzustimmen.

2011 sei der Angriffsplan erneut dem Sicherheitskabinett vorgelegt worden. Dieses Mal habe der Generalstabchef grünes Licht gegeben. Acht Minister hätten dem Plan zugestimmt, aber Jaalon und Steinitz hätten abgelehnt. Die beiden Minister hätten, nachdem der Generalstabchef die möglichen Folgen der Aktion geschildert habe, "Angst bekommen", sagte Barak in dem Interview.

2012 sei noch einmal ein Angriff geplant worden. Doch dieses Mal kollidierte der Plan mit einem Großmanöver, das Israel und die USA gemeinsam veranstalten wollten. Laut AFP vom 23. August hat der frühere israelische Ministerpräsident Ehud Olmert seinem Nachfolger Netanjahu vorgeworfen, drei Milliarden US-Dollar für Kriegspläne gegen Iran ausgegeben zu haben.

Indes drohte Israels Verteidigungsminister Jaalon Iran mit Konsequenzen, sollte das Land die Vereinbarungen des Atomabkommens nicht einhalten. "Wir können unter keinen Umständen ein Iran mit Nuklearwaffen tolerieren", sagte er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". "Am Ende ist es ganz einfach: Auf die eine oder andere Art sollten Irans nukleare Ambitionen gestoppt werden. Wir bevorzugen, dass dies durch ein Abkommen oder Sanktionen erreicht wird. Aber am Ende sollte Israel in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen."

Jaalon kritisierte das ausgehandelte Abkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe. "Das Abkommen erlaubt Iran, in militärischer Hinsicht ein nuklearer Schwellenstaat zu sein." Ihm scheine, westliche Politiker hätten die Absicht, das Problem zu vertagen. "In der Geschichte gab es einige Momente, bei denen die Menschen dachten, Aussöhnung sei die Lösung - und am Ende haben wir einen hohen Preis gezahlt. So ist es jetzt mit Iran", sagte Jaalon.

Bei einem Besuch in der italienischen Stadt Florenz warnte Netanjahu am 30. August laut AFP abermals vor den Gefahren des Atomabkommens. "Iran wird Hunderte Milliarden Dollar durch die Lockerung der Sanktionen und die zu erwartenden Investitionen erhalten, um seine Aggression und seinen Terrorismus im Nahen Osten und Nordafrika und darüber hinaus zu befeuern." Nach Einschätzung des israelischen Ministerpräsidenten ist Iran weitaus gefährlicher als der Islamische Staat (IS). Es gebe eine "viel ernsthaftere Gefahr (...) durch einen anderen islamischen Staat, den islamischen Staat Iran, und insbesondere sein Trachten nach Atomwaffen". Israel akzeptiere Irans Recht auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie, fuhr Netanjahu fort. Doch das vereinbarte Atomabkommen gewähre Iran die Möglichkeit, "eine ausgezeichnete Infrastruktur zu behalten und auszubauen, die völlig

unnötig für zivile Atomaktivitäten, aber vollkommen notwendig für die Produktion von Atomwaffen ist."

Die Kontroverse zwischen der Regierung in Tel Aviv und Washington über das Atomabkommen bereitet dem israelischen Staatspräsidenten offenbar Sorgen. "Die israelische Außenpolitik hat drei Prinzipien: Die Beziehung zu den Vereinigten Staaten, die Beziehung zu den Vereinigten Staaten und die Beziehung zu den Vereinigten Staaten", sagte Reuven Rivlin laut dpa der Nachrichtenseite "Ynet" in einem am 7. August veröffentlichten Interview. Der Umgang Netanjahus mit dem Thema Iran und dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama könne den Interessen Israels schaden und zur Isolierung des Landes führen, sagte Rivlin in einem Interview mit der Zeitung "Maariv".

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN USA UND IRAN

In einem längeren Interview mit dem Nachrichtensender CNN am 9. August sagte Obama, ein Ergebnis des Atomabkommens kann eine konstruktivere Beziehung zwischen Iran und den USA sein. Allerdings müsse zunächst das Abkommen über die Bühne gebracht werden, betonte er. Das Abkommen sei die beste Lösung des Atomkonflikts gewesen, fuhr Obama fort. Nun könnten andere Themen mit Iran erörtert werden. Das werde jedoch nicht so schnell gehen.

In Iran ist ein heftiger Streit über das künftige Verhältnis zu den USA im Gange. Dabei spielen sowohl ökonomische als auch politische Aspekte eine Rolle, aber wohl noch mehr sind ideologische Motive ausschlaggebend. Seit über dreißig Jahren versucht das Regime in Teheran, die USA als "großen Satan" darzustellen. Woche für Woche werden amerikanische Fahnen verbrannt und Parolen wie "Tod den USA" gerufen. Die Feindschaft zu den USA und die antiwestliche Haltung gehören zum Wesensmerkmal der Islamischen Republik. Wie soll nun das Regime seinen treuen Anhängern die Kehrtwende gegenüber den USA plausibel machen, ohne die eigene Glaubwürdigkeit und politische Legitimation zu verlieren?

Das ist genau die Sorge, die die Konservativen umtreibt. Während nun die Ultras das Abkommen ablehnen, sehen die moderateren Kräfte den Ausweg darin, das Abkommen zu akzeptieren, eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA aber abzulehnen. So erklärte Revolutionsführer Ali Chamenei am 18. Juli, die Position Irans gegenüber den "arroganten USA" werde sich auch nach dem Atomabkommen nicht verändern. Und am 19. August sagte er: "Die USA wollen das Abkommen, bei dem es noch nicht klar ist, ob es angenommen oder abgelehnt werden wird, nutzen, um Einfluss auf Iran zu nehmen. Aber wir haben diesen Weg versperrt. Wir werden mit unserer ganzen Kraft einen wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Einfluss der USA verhindern." Demgegenüber vertritt die Regierung eine ganz andere Position. Sie will das Land nach außen öffnen und die Beziehungen zum Westen, auch zu den USA, ausbauen. Mit Blick auf die sich häufenden Besuche von Politikern und Unternehmern aus dem Westen sagte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif: "Diese Beziehungen sind eine Garantie für die Einhaltung des Atomabkommens. (...) Aus eben diesem Grund bin ich gezwungen, dem Druck (seitens der Ultras) Widerstand zu leisten, um die Beziehungen voranzutreiben zu können."

Vizeaußenminister Madschid Tachtrawanchi sagte am 1. August, die Politik der Rohani-Regierung habe das Ziel, mit allen Staaten konstruktiv zusammenzuarbeiten. "Ausnahme ist das zionistische Regime, weil wir dieses Regime weiterhin nicht anerkennen werden." Konkret sagte er zu den Beziehungen zu den USA: "Die Umsetzung des Atomabkommens wird zeigen, ob der Wille zu einer Verbesserung seitens der USA vorhanden ist, um auch die anderen Probleme zu lösen."

Noch klarer als Tachtrawanchi äußerte sich der Leiter der iranischen Handels- und Industriekammer (ICTIM), Mohsen Dschalalpur. "Die ICTIM hat vorgeschlagen, dass auch führende Wirtschaftsvertreter und Unternehmer Präsident Rohani in die USA begleiten sollten", sagte er. Rohani reist im September zur UN-Vollversammlung nach New York. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es dabei auch zu einer Begegnung mit Präsident Barack Obama kommen könnte.

Am 5. August warnte das US-Außenministerium die US-Bürger vor Reisen nach Iran. Die Gefahren für amerikanische Bürger in Iran seien auch nach dem Atomabkommen nicht beseitigt. Auch Reisende mit doppelter Staatsbürgerschaft (amerikanische und iranische) könnten bei der Ausreise Probleme bekommen, hieß es. Es gebe in Iran noch in bestimmten Kreisen Feindschaften gegen die USA. Daher sei es möglich, dass Amerikaner, die nach Iran reisen oder sich in Iran aufhalten, Attacken ausgesetzt oder gar festgenommen würden.

OBAMA BEANTWORTET FRAGEN VON JUNGEN IRANERN UND ISRAELIS

US-Präsident Barack Obama hat in einem Interview mit dem Nachrichtenportal MIC auf Fragen von israelischen und iranischen Jugendlichen zum Atomabkommen mit Iran geantwortet. Die Fragen waren zuvor von MIC gesammelt worden. Auf die Frage eines Iraners, weshalb die Iraner so lange durch Sanktionen unter Druck gesetzt worden seien und ob es nicht andere Möglichkeiten gegeben hätte, um den Konflikt zu lösen, sagte Obama: "Leider gab es keinen besseren Weg, wir mussten den Druck erhöhen, um die Iraner an den Verhandlungstisch zu bringen."

MIC fügte hinzu, Obama habe 2009 in einem Brief an Revolutionsführer Ali Chamenei Iran aufgefordert, an Verhandlungen teilzunehmen. Der Brief sei jedoch ohne Antwort geblieben. Obama sagte weiter, er hoffe, dass das Abkommen für das iranische Volk Vorteile bringen werde.

Zu den Beziehungen zwischen Iran und den USA sagte Obama: "Ich habe mehrmals gesagt, dass Iran ein außerordentlich fähiges Land ist, mit einer alten Kultur und klugen Menschen. Ich wünsche dem Land alles Gute." Im Iran müsse es Veränderungen geben, die zu der Einsicht führten, dass die Parole "Tod den USA", das Leugnen des Holocaust, die Drohung, Israel zu vernichten, oder Waffenlieferungen an die Hisbollah das Land in die Isolation trieben. "Ich versichere Ihnen: sobald diese Parolen und dieses Verhalten aufhören, werden die Fähigkeiten und Potentiale des Landes zum Zug kommen und damit die Macht und den Einfluss Irans erheblich und rasch steigern." Voraussetzung für die Veränderungen sei ein Sinneswandel bei der iranischen Staatsführung, sagte Obama und fügte hinzu: "Vielleicht wird die iranische Jugend die Veränderungen durchsetzen."

Auf die Frage eines Israelis, warum die Menschen in seinem Land ihm (dem Präsidenten der USA) trauen sollten, sagte Obama, trotz Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem israelischen Präsidenten Benjamin Netanjahu gebe es zwischen den beiden Regierungen eine vielseitige Zusammenarbeit. Das Atomabkommen sei nicht ohne Lücken, aber bei jedem internationalen Abkommen gebe es gegenseitige Zugeständnisse. Seine republikanischen Gegner hätten offensichtlich das Abkommen nicht gründlich studiert. Ihre Ablehnung sei nicht logisch, sondern politisch.

LONDON UND TEHERAN ERÖFFNEN IHRE BOTSCHAFTEN WIEDER

Am 23. August eröffnete der britische Außenminister Philip Hammond die Botschaft seines Landes in Teheran. Gleichzeitig wurde die iranische Botschaft in London wiedereröffnet. Beide Botschaften wurden vor vier Jahren infolge der Erstürmung der britischen Botschaft in Teheran geschlossen. In einer Vorabklärung teilte das Außenministerium in London

mit: "Unsere Beziehungen haben sich seit 2011 verbessert." Die Wahl von Präsident Rohani und das Atomabkommen seien wichtige Schritte zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen London und Teheran.

Hammond ist der erste britische Außenminister, der seit 2003 Teheran besucht. Bei der Eröffnungszeremonie sagte Hammond, die Eröffnung der Botschaft sei das Ende einer langen Reise und der Beginn einer neuen, aufregenden Reise. Die Eröffnung sei die logische Folge des Atomabkommens mit Iran, einem wichtigen Land in einer unruhigen Region. Der Kampf gegen den Terrorismus, die Instabilität der Region, die Zunahme der Aktivitäten des Islamischen Staates (IS) im Irak und in Syrien, der Drogenschmuggel und die Zunahme von Flüchtlingen seien Bereiche, in denen Iran und Großbritannien miteinander kooperieren könnten, so Hammond. Es gebe zwar auch Differenzen zwischen den beiden Staaten, aber mit der Zunahme des Vertrauens werde die Zusammenarbeit immer enger werden. Zum Atomabkommen sagte Hammond, Großbritannien sowie die Staaten der EU hätten eine eigene Auffassung von dem Abkommen, die von der Position des US-Kongresses völlig unabhängig sei.

Über die Position der arabischen Staaten zum Atomabkommen sagte Hammond, Iran und Saudi-Arabien müssten miteinander kooperieren. Es sei sinnlos, wenn zwei wichtige Staaten in einer unruhigen Region sich streiten und nicht versuchten, ihre Konflikte durch Verhandlungen zu lösen. Er wisse, dass die Probleme sich nicht über Nacht lösen lassen werden, aber sie seien nur auf diplomatischem Wege und durch geduldige Verhandlungen zu lösen.

Mit der Eröffnung der Botschaft werde seine Regierung "den britischen Handel und Investitionen unterstützen, sobald die Sanktionen aufgehoben" seien, sagte Hammond.

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte, Iran wolle seine Beziehungen zu allen Staaten normalisieren. Er betonte, dass die Schließung der Botschaften 2011 eine Entscheidung der Briten gewesen sei. Auch Sarif sprach von Differenzen zwischen Iran und Großbritannien. Doch diese ließen sich in einer vertraulichen Atmosphäre und mit Pragmatismus klären. Sarif hob die Bedeutung der Beziehungen Irans zu den EU-Staaten hervor. In diesem Rahmen bildeten die Beziehungen zu Großbritannien einen wichtigen Meilenstein.

Hammond sprach während seines zweitägigen Besuchs in Teheran auch mit Präsident Rohani. "Iran ist ein zu großer Akteur in der Region, um ihn einfach in der Isolation zu lassen", sagte er nach dem Gespräch in einem Interview mit der BBC. Mit Blick auf eine Äußerung des US-Präsidenten Barack Obama warnte Rohani den Westen vor Drohgebärden. Obama hatte von einer militärischen Option gesprochen, sollte Iran trotz des Abkommens nach Atombomben streben. "Diese lächerlichen Bemerkungen, Parolen und irrelevanten Witze schaden dem Prozess der Vertrauensbildung", sagte Rohani.

Die Botschaften in London und Teheran bleiben jedoch vorerst ohne Botschafter. Irans Vizeaußenminister Madschid Tachtravantschi sagte, "auch nach der Wiedereröffnung werden die Botschaften vorerst von Geschäftsführern geleitet". Einige Punkte müssten noch geklärt werden, wie zum Beispiel die Schadensersatzforderungen Londons. Diese Forderungen beziehen sich auf die Demolierung der britischen Botschaft 2011, bei der großer Sachschaden verursacht wurde.

IRAN UND SYRIEN

Nach dem Atomabkommen hat Iran zahlreiche neue diplomatische Aktivitäten angestoßen. Dazu gehören die Normalisierung der Beziehungen zu den EU-Staaten, leise Schritte in Richtung der USA und Initiativen zur Lösung der Konflikte im Nahen Osten, allen voran in Syrien. Anfang August gab es ein Treffen zwischen den Außenministern Irans und Syriens,

Sarif und al-Muallim, mit dem russischen Vizeaußenminister und Nahostbeauftragten Michail Bogdanow, bei dem über eine Lösung des Syrienkonflikts gesprochen wurde.

Iran warnt immer wieder davor, dass ein Sturz Assads den Weg für den IS ebener würde. Laut der Moskauer Tageszeitung "Kommersant" plant Russland die Bildung einer neuen "Koalition der Gleichgesinnten" gegen den IS. Dazu sollen Syrien und Iran sowie Kurden in den Anrainerstaaten gehören. Die USA reagierten auf den Plan zurückhaltend.

Nun bietet sich Iran als Vermittler an. "Wir werden politisch alles in unserer Macht Stehende unternehmen, damit es in Syrien wieder Frieden und Stabilität gibt", sagte Präsident Rohani bei einem Treffen mit al-Muallim in Teheran. Den iranischen Medien zufolge wollen Iran, Syrien und Russland einen neuen Plan für eine diplomatische Lösung des Syrien-Konflikts vorlegen. Der Plan soll demnächst der UNO vorgelegt werden.

Am 5. August traf al-Muallim in Teheran ein, um sich dort mit Sarif und Bogdanow zu treffen. Die Chance auf eine Lösung des Konflikts in Syrien sei gestiegen, sagte Irans Vizeaußenminister Hossein Amir-Abdollahian. "Die Islamische Republik wird dem UN-Generalsekretär einen überarbeiteten Friedensplan für Syrien übergeben." Einzelheiten des Plans seien zwischen Teheran und Damaskus abgesprochen worden.

Der Plan basiert auf dem Vierpunkteplan, den Sarif im vergangenen Jahr der UNO vorgelegt hatte. Die vier Punkte lauten: sofortiger Waffenstillstand, Bildung einer nationalen Einheitsregierung, Schutz der Minderheiten gemäß der syrischen Verfassung und allgemeine Wahlen. Der Plan werde vorläufig nicht veröffentlicht, sagte Abdollahian, was darüber in der Presse berichtet werde, seien reine Spekulationen. Die Geheimhaltung begründete er mit dem Hinweis auf andere Pläne, die gescheitert seien, weil sie zu früh öffentlich gemacht wurden.

Teheran versucht, auch Saudi-Arabien für seinen Plan zu gewinnen. Berichte in der Presse sprachen von einem baldigen Treffen der Außenminister Saudi-Arabiens, Iraks und Irans in Oman. Iran wolle die Differenzen mit den arabischen Golfstaaten beilegen, sagte Abdollahian. "Wir planen die erste Runde der Verhandlungen mit den sechs Golfstaaten im September." Bei den sechs Staaten handelt es sich um die Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrats Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Oman, Bahrain und die Arabischen Emirate. Auch die Türkei solle einbezogen werden. Auf der Tagesordnung sollen die Konflikte in Syrien und Jemen stehen.

Am 12. August traf Sarif zu einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad in Damaskus ein. In einer gemeinsamen Presseerklärung wurde das Treffen als nützlich bezeichnet. Im Mittelpunkt des Gesprächs habe die Krise in Syrien gestanden, hieß es. Den syrischen Pressemeldungen zufolge erklärte Sarif nach dem Treffen mit Assad: "Ich sage den anderen Akteuren und den Nachbarstaaten, dass es Zeit ist, sich der Realität zu stellen, die Wünsche des syrischen Volkes zu akzeptieren und den Extremismus, Terrorismus und Konfessionalismus zu bekämpfen."

Auch Katar forderte einen "ernsthaften Dialog" mit Iran. Dies sei nötig, um die Probleme der Region zu bewältigen, sagte Außenminister Chalid al-Attijah am 4. August in einem Interview mit AP.

Laut iranischer Presse wurde am 27. August ein Kommandant der iranischen Basidsch-Miliz in Syrien getötet. Der Kommandant Ahmad Hayari war erst vor Kurzem nach Syrien beordert worden.

KONFLIKTE MIT SAUDI-ARABIEN

Teheran ist sichtlich bemüht, die Konflikte mit Saudi-Arabien beizulegen. "Diplomatie ist der einzige Weg, um Missverständnisse auszuräumen", sagte Vizeaußenminister Hossein Amir-Abdollahian dem Nachrichtensender Al-Alam am 3. August. Teheran begrüße jede konstruktive Initiative Riads. Das Atomabkommen zeige, dass sich auch komplexe Themen durch diplomatische Verhandlungen lösen ließen.

Recht unversöhnlich äußerte sich der iranische Freitagsprediger Ayatollah Mohammad Emami Kaschani über Saudi-Arabien. "Zusammen mit dem zionistischen Regime und den IS-Terroristen bildet das widerwärtige Saudi-Regime das Dreieck der Verräter" (an der islamischen Welt), sagte der Ayatollah.

Ende August haben die Iraner mit den Pilgerfahrten nach Mekka begonnen. Diese waren rund vier Monate lang ausgesetzt worden, nachdem zwei iranische Wallfahrer mutmaßlich von saudischen Grenzbeamten an einem Flughafen missbraucht wurden. Insgesamt 64.000 Iraner haben die Reiseerlaubnis zur Teilnahme an der islamischen Hadsch erhalten.

Den Angaben des Weißen Hauses zufolge wird der saudische König Salman am 4. September zu einem Gespräch mit US-Präsident Barack Obama in Washington eintreffen. Das ist die erste Reise des Königs in die Vereinigten Staaten. Salman hatte Anfang dieses Jahres den Thron bestiegen. Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte, die Reise zeige die Bedeutung der strategischen Beziehungen zwischen Riad und Washington. Themen des Gesprächs seien die Krise in Syrien und Jemen und "die Suche nach Wegen, um den destabilisierenden Aktivitäten Irans in der Region entgegenwirken zu können".

Eigentlich hätte die Begegnung zwischen Obama und Salman bereits im April stattfinden sollen. Damals hatte Obama die Staatsoberhäupter der arabischen Golfstaaten zu einem gemeinsamen Treffen nach Camp David eingeladen. Aber Salman sagte ab, um, wie politische Beobachter meinten, seinen Unmut über die Atomverhandlungen mit Iran zu demonstrieren.

SARIF IN NEU DELHI

Nach dem Abschluss des Atomabkommens fand Irans Außenminister endlich Zeit, um sich seinen sonstigen diplomatischen Aufgaben zu widmen. Beflügelt von seinem Erfolg in Wien und dem zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung seines Landes traf er zunächst im Libanon ein, danach besuchte er Syrien und Pakistan und landete am 14. August schließlich in der indischen Hauptstadt Neu Delhi, um mit dem Premierminister Narendra Modi, dem Vizepräsidenten Mohammad Hami Ansari, dem Außenminister Sushma Swaraj und dem Verkehrsminister Natin Gadkeri Gespräche zu führen.

Die Beziehungen zwischen Iran und Indien sind traditionell gut. Indien gehörte über Jahrzehnte zu den größten Abnehmern des iranischen Öls. Als viertgrößter Erdölverbraucher der Welt bezog Indien bis vor wenigen Jahren mehr als 17 Prozent seines Ölbedarfs aus Iran. Iran war damit der zweitgrößte Erdöllieferant Indiens. Doch die Sanktionen, die über Iran verhängt wurden, und der Druck, den die USA auf Neu Delhi ausübten, führten zwangsläufig zu einer drastischen Reduzierung des Imports von iranischem Öl. Im vergangenen Jahr bezog Indien lediglich sechs Prozent seines Ölbedarfs aus Iran.

Trotz der ungünstigen Umstände lag der Handel zwischen Iran und Indien in den Jahren 2013 und 2014 bei mehr als 15 Milliarden Dollar pro Jahr. Indien kaufte für 10,23 Milliarden Dollar Rohöl aus Iran und exportierte Waren im Wert von rund fünf Milliarden Dollar nach Iran.

Eine schwere Hürde bei den Handelsbeziehungen bildete der durch Sanktionen erschwerte Devisentransfer, mit der Folge, dass Neu Delhi die Importe aus Iran nur über Umwege bezahlen konnte. Zurzeit schuldet Indien Iran 6 Milliarden Dollar.

Teheran ist nun bemüht, die Handelsbeziehungen zu Indien neu zu gestalten. "Wir konzentrieren uns auf die Intensivierung unserer Beziehungen auf der Basis der neuen Lage", sagte Sarif. Konkret wurde über Investitionen diskutiert, die Indien beim Ausbau der Häfen Dschabahar am Golf von Oman und Bandar Abbas am Persischen Golf sowie in Projekten zum Ausbau des Eisenbahnnetzes in Iran plant. Selbstverständlich wurde auch über das seit Jahren geplante Gas-Pipeline-Projekt von Iran über Pakistan nach Indien gesprochen.

Indien ist besonders an dem Ausbau des Hafens Dschabahar interessiert, um damit einen anderen Handelsweg nach Afghanistan und zu den zentralasiatischen Ländern nutzen zu können als den über Pakistan. Hier hat Indien bereits mehr als 100 Millionen Dollar investiert. Beide Seiten kamen überein, den Ausbau so rasch wie möglich voranzutreiben. Eine gemeinsame Kommission wird im Dezember alle gemeinsamen Wirtschafts- und Handelsprojekte im Detail behandeln.

Der Besuch von Sarif in Indien fand einen Monat nach einer Begegnung der Staatspräsidenten beider Länder am Rande des Gipfels der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit in Russland statt. Beide Staatschefs hoben bei diesem Anlass die Notwendigkeit hervor, die Beziehungen ihrer Länder auszubauen. Doch Sarifs Pläne reichten über die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen hinaus. Nicht minder wichtig waren für ihn Fragen der Sicherheit. Bei einem Treffen mit dem Sicherheitsberater des indischen Präsidenten erörterte er die Möglichkeit der Kooperation beim Kampf gegen zunehmenden Extremismus und Terrorismus in der Region. Beide Länder betrachten den Islamischen Staat als größte Bedrohung und beobachten mit größter Aufmerksamkeit die Friedensgespräche zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung. Bei den Gesprächen mit den Verantwortlichen in Indien betonte Sarif die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Pakistan und Afghanistan, um gemeinsam gegen den Islamischen Staat vorgehen zu können. Sein Land werde sich für die enge Zusammenarbeit mit diesen beiden Staaten stark engagieren, sagte Sarif. "Für uns waren und sind der Ausbau demokratischer Strukturen sowie der Wiederaufbau in Afghanistan besonders wichtig", sagte Sarif.

SARIF IN ISLAMABAD

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif traf am 13. August zu einem eintägigen Besuch in Pakistans Hauptstadt Islamabad ein. Themen seiner Gespräche mit Ministerpräsident Nawaz Scharif und seinen außenpolitischen Berater Sartaj Aziz waren die bilateralen Beziehungen zwischen Teheran und Islamabad sowie regionale und internationale Fragen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Aziz sprach Sarif vom "Ende der unnötigen Krise in den Beziehungen zwischen Iran und dem Westen". "Wir sind bereit, uns voll auf die regionale Zusammenarbeit zu konzentrieren", sagte er. Das Atomabkommen werde in den nächsten Monaten den beiden Nachbarstaaten Iran und Pakistan neue Möglichkeiten eröffnen, um ihre Beziehungen insbesondere in den Bereichen Energie, Erdöl, Erdgas und Transport zu intensivieren.

Iran und Pakistan besitzen eine lange gemeinsame Grenze. Nach Einschätzungen von Experten besitzt die Region ein hohes Potenzial für gemeinsame Projekte. 2008-2009 erreichte der Handel zwischen den beiden Staaten einen Wert von 1,3 Milliarden Dollar. Nach den internationalen Sanktionen gegen Iran sank er jedoch drastisch. 2013-2014 lag er nur noch bei 300 Millionen Dollar.

Pakistan hat einen hohen Bedarf an Energie und könnte diesen nach der Aufhebung der Sanktionen zu einem großen Teil aus Iran decken. Diesem Ziel dient auch die bereits vor Jahren geplante Gas-Pipeline, die wegen der Sanktionen bislang nicht umgesetzt werden konnte. "Nun ist auch der Bau der Pipeline möglich", sagte Sarif. Er betonte, dass sich die Zusammenarbeit der beiden Staaten nicht auf die Wirtschaft beschränken werde. Hinzu kämen die Kontrolle und Sicherung der Grenzen, der Kampf gegen den Terrorismus und natürlich auch der kulturelle Austausch. "Unsere Zusammenarbeit wird nicht nur unseren beiden Ländern Nutzen bringen, sondern auch dem Frieden und der Sicherheit der gesamten Region dienen."

Die Grenzregion zwischen Iran und Pakistan, in der mehrheitlich Belutschen leben, gilt als unsicher und ist mit zahlreichen separatistischen Gruppen, Terroristen und Drogen- und Waffenschmugglern konfrontiert. Iran machte des Öfteren Pakistan für Attentate und Anschläge auf iranischer Seite verantwortlich.

Bei den Gesprächen ging es auch um das Schicksal Afghanistans. Dazu sagte Aziz, sein Land trete für Verhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban ein. Pakistan werde die Verhandlungen unterstützen. "Wir hoffen, dass diese Verhandlungen, die wegen des Todes von Mullah Omar ins Stocken geraten sind, bald wieder aufgenommen werden."

WAR SOLEIMANI IN MOSKAU ODER NICHT?

Laut einem Bericht des US-Senders Fox-News vom 6. August, der sich auf Geheimdienstinformationen berief, reiste der Chef der iranischen Al-Kuds-Brigade, General Ghassem Soleimani, zu Gesprächen mit Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergej Schoigu nach Moskau.

Die Al-Kuds-Brigade ist die Abteilung der iranischen Revolutionsgarden, die für Auslandseinsätze zuständig ist. Medien-Berichten zufolge spielt General Soleimani bei dem Bürgerkrieg in Syrien und den Gefechten im Irak, insbesondere im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS), eine wichtige Rolle. Konkret soll Soleimani bei der Rückeroberung der irakischen Stadt Tikrit entscheidend mitgewirkt haben. In Iran wird er inzwischen als Held gefeiert.

Doch Soleimani steht seit 2007 auch auf der schwarzen Liste der Vereinten Nationen. Demnach hat er für alle Mitgliedstaaten der UNO Reiseverbot, seine Vermögen in diesen Staaten müssen eingefroren werden. Aber weder Syrien noch Irak, und auch nicht der Libanon, wo sich Soleimani gelegentlich aufhält, halten sich an diesen Beschluss des UN-Sicherheitsrats. Sie haben nicht einmal seine Ein- und Ausreise bekannt gegeben. Aus Teheran heißt es, Soleimani und die Al-Kuds Milizen hielten sich nur zur Beratung in den genannten Staaten auf.

Am 8. August erklärte die US-Botschafterin bei der UNO, Samantha Power, es werde seitens der US-Behörden geprüft, ob ein Verstoß gegen die UN-Sanktion gegen Soleimani vorliege. Ein Reiseverbot durch die UNO kann nur durch eine Sondergenehmigung des zuständigen Komitees des Sicherheitsrats vorübergehend aufgehoben werden.

Am 8. August dementierte der Kreml die Berichte der amerikanischen Presse. Auf die Frage, ob Soleimani Russland besucht habe, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten: "Ich weiß es nicht, im Tagesprogramm des Präsidenten gab es kein solches Gespräch."

Teheran hat zu den Berichten bislang nicht Stellung genommen.

IRAN WARNT VOR REISEN IN DIE TÜRKEI

Der iranische Botschafter in der Türkei, Alireza Bigdeli, warnte iranische Reisende vor Reisen in Gebiete an der iranisch-türkischen Grenze und bestimmte Gegenden in der Türkei. Auch das Teheraner Außenministerium empfahl, nicht auf dem Landweg in die Türkei zu fahren.

Die Warnung kam, nachdem am 7. August im Osten der Türkei ein Bus mit iranischen Insassen von einer bewaffneten Gruppe angegriffen wurde. Dabei war ein Mann ums Leben gekommen. Iran reagierte mit der vorübergehenden Schließung des größten Grenzübergangs Basargan, der jedoch nach wenigen Stunden wieder geöffnet wurde.

Bigdeli empfahl, Reisende sollten sich möglichst nicht im Osten der Türkei aufhalten, dieselbe Warnung kam auch aus dem iranischen Konsulat in Erzerum.

Eine Woche zuvor wurden zwei iranische Züge durch Minen, die ferngesteuert wurden, angegriffen, worauf Iran sämtliche Zugreisen in die Türkei vorläufig absagte. Auch die Gaslieferung in die Türkei wurde gestoppt, nachdem eine Pipeline in der Provinz Aghri gesprengt worden war.

Die Lage im Osten der Türkei hatte sich in den letzten Wochen nach den Attentaten der PKK und Bombardierung der PKK-Stellungen durch die türkische Luftwaffe zunehmend verschärft.

Am 25. August wurde laut IRNA der zweite Grenzübergang zwischen Iran und der Türkei vorübergehend geschlossen. Begründet wurde die Schließung mit dem Hinweis auf Berichte in türkischen Medien, wonach die PKK eine Brücke auf türkischer Seite gesprengt haben soll. IRNA berichtete ferner, dass vier Tage zuvor elf türkische Grenzbeamte entführt worden seien.

Zwischen Iran und der Türkei gibt es drei Grenzübergänge.

HOCHRANGIGE WESTLICHE POLITIKER BESUCHEN IRAN

Noch ist das Atomabkommen nicht in Kraft und schon reichen sich hochrangige westliche Politiker in Teheran die Klinke in die Hand. Aus Deutschland wird Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Oktober nach Iran reisen. Dies kündigte er auf einer Botschafterkonferenz am 24. August in Berlin an. Er wolle "persönlich vor Ort" die Lage beobachten. Nach dem französischen, britischen und italienischen Außenminister ist Steinmeier der vierte Außenminister eines EU-Staats, der Iran besucht.

Deutschland ist besonders an Wirtschaftsbeziehungen zu Iran interessiert. Bereits wenige Tage nach der Ankündigung des Atomabkommens reiste Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation nach Teheran. Deutschland galt vor den Sanktionen als größter Handelspartner Irans. 2006 exportierte Deutschland Waren im Wert von 4,1 Milliarde Dollar nach Iran, 2013 sank der Wert auf 1,8 Milliarden Dollar. Deutsche Unternehmen hoffen nun nach der Aufhebung der Sanktionen auf lukrative Geschäfte mit Iran.

Irans Parlamentspräsident Ali Laridschani begrüßte Steinmeiers Besuchsankündigung in einem Telefongespräch mit dem Minister am 29. August. Er hoffe, dass es rasch zu Ergebnissen im bilateralen Handel zwischen beiden Ländern komme, sagte er.

Der hochrangigste Besucher aus einem EU-Land wird Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer sein, der laut Ankündigung des iranischen Botschafters in Wien, Hassan Tadschik, im September zu Gesprächen nach Teheran fliegen wird. Er werde dabei von einer 200-

köpfigen Delegation begleitet, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, des Handels und der Kultur. Teheran misst diesem Besuch eine besondere Bedeutung bei. Das Handelsvolumen zwischen Iran und Österreich hat im ersten Halbjahr dieses Jahres bereits um 44 Prozent zugenommen. Österreich zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Irans. Österreichs Hauptstadt Wien war auch der Ort, an dem das Atomabkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe geschlossen wurde.

Am 5. August traf Italiens Außenminister Paolo Gentiloni zu Gesprächen in Teheran ein. Bei einem Treffen mit Staatspräsident Hassan Rohani überreichte er ihm eine Einladung des italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella zu einem Staatsbesuch in Italien. Er hoffe, der Besuch werde in kürzester Zeit stattfinden können, sagte der Minister. Rohani sagte, er freue sich auf die Gelegenheit, "dieses traditionsreiche" Land besuchen zu können.

Die gemeinsamen Wirtschaftspläne sollten so gestaltet werden, dass durch gemeinsame Investitionen und Produktion auch Produkte in die Länder der Region exportiert werden könnten. Bei dem zweitägigen Besuch wurde Gentiloni von Italiens Wirtschaftsminister und Vertretern großer Unternehmen begleitet. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Teheran und Rom waren bevor die Sanktionen gegen Iran verhängt wurden sehr gut. Der Besuch Gentilonis war der dritte Besuch eines italienischen Außenministers in Iran seit drei Jahren.